

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Ärztemangel ursächlich bekämpfen – Medizinische Versorgung nachhaltig sichern – Studienkapazität im Fach Humanmedizin gemeinsam ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die ärztliche Versorgung im Saarland und auch in Rheinland-Pfalz steht vor großen Herausforderungen. Der erhebliche Mangel an Ärzten ist mittlerweile in beiden Bundesländern in allen medizinischen Bereichen spürbar, sei es in den Krankenhäusern, im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) oder in der ambulanten hausärztlichen bzw. fachärztlichen Versorgung. Eine Vielzahl der aktuell praktizierenden Ärzte wird in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, was die bereits heute besorgniserregende Situation weiter verschärfen wird. Immer häufiger ist festzustellen, dass gerade auch Fachärztinnen und Fachärzte im Saarland außer in Notfällen keine neuen Patientinnen und Patienten annehmen.

Schon zum jetzigen Zeitpunkt kommt es deshalb um die wenigen Mediziner zu einem immer intensiveren Wettbewerb auf kommunaler Ebene in beiden Ländern (u.a. mit regionalen Stipendienmodellen, mit Niederlassungsprämien oder mit der Gründung eigener MVZ's und dem Bau von Ärztehäusern), um einen drohenden oder bereits bestehenden Engpass in der ärztlichen Versorgung zu verhindern.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat bereits vor einem Jahr auf die dramatische Situation hingewiesen und 5.000 zusätzliche Studienplätze im Fach Humanmedizin für ganz Deutschland gefordert. Auch sowohl die Bundesärztekammer als auch die Landesärztekammern sowie die Kassenärztlichen Vereinigungen des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz sprechen sich seit Jahren für einen substanziellen Ausbau der Medizinstudienplätze aus. Denn in der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze liegt ein Schlüssel für die Sicherung der medizinischen Versorgung, die ohne Ärzte in Praxen, in Krankenhäusern, im ÖGD sowie in Industrie und Wissenschaft nicht zu stemmen ist.

Andere Bundesländer haben ihre Verantwortung in diesem Bereich bereits erkannt und bauen die Studienkapazitäten konsequent aus.

Ausgegeben: 06.06.2024

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass – im Gegensatz zu vielen anderen Berufen – im Bereich des Medizinstudiums das Problem des Nachwuchsmangels nicht existiert. Hier gibt es deutlich mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Wie gravierend dieses Ausbildungsplatzproblem ist, zeigt eine Studie des Centrums für Hochschulentwicklung aus dem vergangenen Jahr: Rund 8.000 junge Deutsche studieren aktuell im Ausland Medizin; fast alle aufgrund der Tatsache, dass sie in Deutschland keinen Medizinstudienplatz erhalten haben. Dieses Problem gilt es zu lösen.

Das Saarland bildet zwar im Bundesländervergleich überdurchschnittlich viele Medizinstudenten aus, profitiert selbst davon aber nur unterdurchschnittlich. Auch hier macht sich die bundesweit zu niedrige Gesamtzahl an Studienplätzen bemerkbar, denn auch im Saarland führt der Wettbewerb der Bundesländer, Regionen und Kommunen um die knappe Ressource „Arzt“ zu einem immer größeren Mangel. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Schließung von mehr als der Hälfte aller Bereitschaftsdienstpraxen sowie die Schließung der ersten von drei Bereitschaftsdienstpraxen für Kinder. Wie bereits im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit deutlich wurde, droht zudem bereits mittelfristig ein Szenario, bei dem es dann nur noch eine kinderärztliche Bereitschaftspraxis im Saarland geben könnte.

Dass unser Bundesland bei der Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner die Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz ins Auge fasst, bietet erhebliche Chancen – gerade auch für den Standort Saarland. Rheinland-Pfalz kommt aktuell seiner Verpflichtung, bedarfsdeckend auszubilden und entsprechende Kapazitäten zu schaffen, nur unzureichend nach. Landesweit stehen bisher nur 450 Medizinstudienplätze pro Jahr für Medizinstudienanfänger am einzigen Ausbildungsstandort für Vollstudienplätze in Rheinland-Pfalz, der Universitätsmedizin Mainz, zur Verfügung. Und auch wenn die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Kapazitätserhöhung auf 500 Plätze pro Jahr unter Einbeziehung zweier Satellitenstandorte (Koblenz, Trier) plant, wird dies nicht annähernd bedarfsdeckend sein und es gilt für unser Nachbarbundesland daher weiterhin, zusätzliche Alternativen zu finden, um die Anzahl der Studienplätze weiter zu erhöhen. Schließlich werden in Rheinland-Pfalz mindestens 650 Medizinstudienplätze pro Jahr benötigt.

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken und die medizinische Versorgung für Saarländerinnen und Saarländer langfristig zu sichern, ist dringend zu handeln.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- sich entschieden für eine ursächliche Bekämpfung des Ärztemangels und eine nachhaltige Sicherung der ärztlichen Versorgung einzusetzen.
- eine länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz einzugehen, um gemeinschaftlich die Studienplätze für Humanmedizin an der Universität des Saarlandes in Homburg um mindestens 100 Plätze zu erhöhen. Diese enge Kooperation zwischen beiden Ländern ist entscheidend, um zum einen die Kapazitätserweiterung auch erfolgreich

umsetzen zu können. Zum anderen gilt es damit die zukünftigen Bedarfe an Ärzten im Saarland und in Rheinland-Pfalz zu decken und somit eine nachhaltige Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

- die in der länderübergreifenden Zusammenarbeit geschaffenen Studienplätze hälftig an junge Menschen zu vergeben, welche sich im Anschluss an das Studium zu einer mindestens zehnjährigen Tätigkeit im jeweiligen Bundesland verpflichten.
- darauf hinzuwirken, dass sich Rheinland-Pfalz finanziell angemessen an den durch die gemeinsame Aufstockung zu erwartenden Mehrkosten beteiligt. Schließlich ist festzuhalten, dass die Aufstockung der Studienplätze eine Erhöhung der Lehrkapazitäten an der Universität des Saarlandes erfordert, um der zusätzlichen Studierenden gerecht zu werden. Dies beinhaltet die Schaffung neuer Professuren sowie weiterer Planstellen für Dozenten und Lehrkräfte. Entstehende Mehrkosten sollen entweder anteilig durch die Bundesländer getragen oder durch einen jährlichen Fixbetrag pro ausgebildetem rheinland-pfälzischen Studierenden abgegolten werden.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.